



SPREEREHELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➤ NOVEMBER 2012



SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN AM O-PLATZ

Gegen rassistische Sondergesetze – Bleiberecht für alle!

→ Seit Anfang Oktober haben Flüchtlinge aus Protest gegen rassistische Sondergesetze auf dem Kreuzberger Oranienplatz ihr Lager aufgeschlagen. Sie sind im September mit einem Protestmarsch von Würzburg nach Berlin gekommen und haben damit bewusst gegen die Residenzpflicht verstoßen, die ihnen verbietet, den ihnen zugewiesenen Ort zu verlassen.

Sie fordern das bedingungslose Bleiberecht für alle, die Abschaffung des Arbeitsverbots und der Zwangsunterbringung in Sammelagern sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes, das ihnen nur etwa 60 Prozent des Hartz-IV-Regelsatzes zuspricht – ausgezahlt meist in Lebensmittelgutscheinen.

Ende Oktober sind knapp 20 der Flüchtlinge zum Brandenburger Tor – „näher ran an die, die in diesem Land entscheiden“ – gezogen und in einen Hungerstreik getreten. In der Folge kam es dort fast zwei Wochen lang täglich zu Polizeiiübergriffen auf die Hungerstreikenden. Den Protestierern wurde das Zelt über dem Kopf abgebaut und trotz Minus-Graden in den Nächten und zum Teil heftigen Regens an den Tagen entriss die Polizei ihnen Isomatten, Decken, Planen und sogar Wärmflaschen, Schirme und Sitzunterlagen wie Plastiktüten und Pappen.

DER KAMPF GEHT WEITER

Die Hungerstreikenden hielten trotz der Schikanen und zum Teil gewalt-

↘ Fortsetzung Seite 2

GEDENKEN HEISST KÄMPFEN!

20 Jahre Silvio Meier

Der Friedrichshainer Antifaschist und Hausbesetzer Silvio Meier wurde am 21.11.1992 von Neonazis im U-Bahnhof Samariter erstochen. Seit 1992 findet jährlich eine Demonstration und Gedenkmahnwache statt, um an Silvio Meier und die vielen weiteren Opfer faschistischer Gewalt zu erinnern. In diesem Jahr soll nun endlich – nach jahrzehntelangem vergeblichen Kampf um ein angemessenes Gedenken - die Gabelbergerstraße in Friedrichshain in Silvio-Meier-Straße umbenannt werden. Die faschistische Gefahr ist noch immer ungebrochen wie u.a. die Aufdeckung der Naziterrogruppe „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zeigt. Faschisten konnten mit staatlicher Hilfe und unter staatlicher Aufsicht mindestens neun Migranten und eine Polizistin ermorden und zahlreiche Menschen schwer verletzen, wie bei dem Nagelbombenattentat in Köln 2004. Zum diesjährigen 20. Todestag von Silvio Meier wird bundesweit unter dem Motto „Für antifaschistischen Selbstschutz! Faschisten bekämpfen – Verfassungsschutz auflösen! zu der Antifa-Demonstration mobilisiert.

MAHNWACHE: Mi, 21. November, 17.00 Uhr, U-Bhf. Samariterstr.

DEMO: Sa., 24.11., 15.00 Uhr, U-Bhf.-Samariterstr.

MEHR INFOS: www.antifa.de

O-TON

„Was passiert ist, ist in höchstem Maße ärgerlich. Es ist inakzeptabel. Es ist schwer zu verstehen und es ist schwer darstellbar.“

Berlins Innensenator, Frank Henkel (CDU), zu der Vernichtung von Verfassungsschutzakten, durch Beamte des Berliner Verfassungsschutzes. Auf jeder Akte stand in großen Lettern der Vermerk „A“ für „Archivieren“ (Tagesspiegel v. 08.11.2012).

TERMIN-PINNWAND

➤ **DI, 19. NOVEMBER, 19:00 UHR, TOTAL GEHEIM! VOM NSU-SKANDAL ZUR SUPERBEHÖRDE?**

Veranstaltung zum Thema: „Geheimdienste & Neonazis: Über Verstrickungen, ideologische Gemeinsamkeiten und die Anstrengungen, das Geheime ans Licht zu bringen“

REFERENTEN: Wolfgang Wippermann, Andreas Förster, Wolf Wetzels.

ORT: ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Münzenberg-Saal, Nähe Ostbahnhof.

INFOS: www.antifa.de

➤ **SA, 24. & SO., 25. NOVEMBER, JEWEILS 16.00 UHR, MEINE FREIHEIT, DEINE FREIHEIT.**

Konzert des Hans-Beimler-Chors.

ORT: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, Neukölln

➤ **DO, 06. DEZEMBER, 19.30 UHR MAX HOELZ, DER ROTE REBELL, KÄMPFER FÜR DIE GERECHTE SACHE**

Eine gemeinsame Veranstaltung der DKP Friedrichshain-Kreuzberg und der Initiative Presente.

ORT: Café Commune, Reichenbergerstraße 157, U1 + U8 Kottbusser Tor.

➤ Fortsetzung von Seite 1

tätigen Übergriffe – es gab mehrere Verletzte und Verhaftungen - durch und erreichten immer mehr Öffentlichkeit und Solidarität. Am zehnten Tag des Hungerstreiks kam es zu einem Gespräch mit der Integrationsbeauftragten des Bundes Maria Böhmer (CDU). Sie zeigte sich schockiert über die Schilderungen der Flüchtlinge. Tatsächlich tat sie so, als seien ihr die Lebensumstände in die Asylbewerber in diesem Land auch durch ihre Partei gezwungen werden, völlig unbekannt. Sie versprach ein Treffen mit Bundestagsabgeordneten, das am 22. November stattfinden soll. Die Flüchtlinge setzten daraufhin ihren Hungerstreik aus. Ihr Protest aber geht weiter und soll ausge-

weitert werden. Am Brandenburger Tor und auf dem Oranienplatz in Kreuzberg.

GEGEN JEDE SPALTUNG

Als Kommunistinnen und Kommunisten unterstützen wir den Kampf der Flüchtlinge gegen rassistische Sondergesetze. Der Kampf für soziale Rechte und gegen Ausgrenzung ist ein gemeinsamer Kampf. Wir lassen uns nicht spalten – nicht in Erwerbslose und Arbeitende, nicht in Deutsche und Migranten. Wir rufen dazu auf: Unterstützt die Flüchtlinge und ihre Aktionen am Oranienplatz und am Brandenburger Tor! Geht sie besuchen und übt Solidarität!

MEHR INFOS: tentactionrefugees.net

NAZI-TERROR IN SÜD-NEUKÖLLN

NPD mobilisiert gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Bezirk

➔ In Neukölln schnuppern Neofaschisten Morgenluft. Regelmäßig werden Fassaden linker Projekte wie der Galerie Olga-Benario oder des Salvador-Allende-Clubs beschmiert und deren Fensterscheiben zertrümmert. Das Anton-Schmaus-Haus der Neuköllner Falken in Britz ist nach zwei Brandanschlägen von der Schließung bedroht.

Nun geriet in der Hufeisensiedlung eine Familie in das Visier der Faschisten, weil sie keine Nazi-Propaganda in ihrem Briefkasten wollte. Noch in der gleichen Nacht wurde ein Nazi-Plakat an ihre Tür geklebt, kurze Zeit später der Briefkasten in die Luft gesprengt und inzwischen mehrfach die Scheiben eingeworfen. Der Angriff ist nach hinten losgegangen: Die Nachbarn

treffen sich inzwischen wöchentlich, um Aktivitäten gegen rechts zu organisieren. Für den 20. Dezember planen sie eine große Protestaktion unter dem Motto „Die Hufeisensiedlung ist bunt – nicht braun“.

Nun mobilisiert die NPD für den 24. November zu einem Aufmarsch gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen in Rudow. Da trifft sie sich mit CDU und SPD. Die sprachen sich in der BVV Ende Oktober generell gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Neukölln aus. Wenn es gar nicht anders gehe, dann in Süd-Neukölln und nicht im Norden des Bezirks, dem sogenannten Kreuzkölln. So geht Gentrifizierung.

MEHR INFOS: dkpneukoelln.blogspot.de



ZWANGSRÄUMUNG VERHINDERT!

200 Menschen verhinderten mit einer Sitzblockade die Zwangsräumung einer fünfköpfigen Familie im Reichenberger Kiez.

→ Das hatte sich die Gerichtsvollzieherin am Morgen des 22. Oktober anders vorgestellt: Anstatt ungehindert die Familie Gülbol aus ihrer Wohnung in der Lausitzer Straße 8 zu werfen, stellten bzw. setzten sich ihr 200 Menschen in den Weg, so dass sie unverrichteter Dinge den Rückzug antreten musste.

Die Zwangsräumung ist damit nicht vom Tisch – ein zweiter Termin soll angesetzt werden, um die Zwangsräumung zu vollstrecken. Doch bereits jetzt hat die Mietenbewegung in Berlin mit dieser Aktion eine neue Phase im Kampf gegen steigende Mieten eingeläutet. Nach Demonstrationen, Mieterprotesten wie in der Friedrichshainer Palisadenstraße oder der Errichtung des Protestcamps am Südkotti geht es jetzt darum, mit Zivilcourage das Recht auf Wohnen in Berlin zu verteidigen.

Wie notwendig diese Verteidigung ist, zeigen die Statistiken des Immobilienverbandes Deutschland. Während die Haushalte 2006 im Schnitt sechs Euro pro Quadratmeter Nettokaltmiete zahlten, sind es aktuell 7,45 Euro. Dabei sind es insbesondere Gebiete wie der Reichenberger Kiez, in denen

die Mieten überdurchschnittlich steigen, während die Mehrheit der Haushalte unterdurchschnittliche Einkommen bezieht.

WESSEN RECHT IST DAS RECHT?

Der Fall der Familie Gülbol zeigt einmal mehr, auf welcher Seite das Recht in Mietfragen steht. 2006 erwarb André Franell das Wohnhaus in der Lausitzer Straße 8 im Zuge einer Zwangsversteigerung. Nachdem Franell erfolglos den Versuch unternahm, allen Mietparteien zu kündigen, setzte er auf Plan B: Mieterhöhungen. Familie Gülbol klagte dagegen, unterlag und war nun gezwungen, die bis dahin zurückgehaltene Mieterhöhung zu zahlen. Nachdem eine zweimonatige Zahlungsfrist verstrichen war, kündigte Franell Familie Gülbol ohne Vorwarnung – zu Recht, wie der Bundesgerichtshof in seinem Urteil befand. So sieht ein Mietrecht aus, das vor allem einem verpflichtet ist: Dem Recht der Immobilienbesitzer, ihre Renditeninteressen durchzusetzen. Doch es bleibt dabei: Ob Ali, ob Kalle - Wir bleiben alle!

MEHR INFOS:

zwangsraeumungverhindern.blogspot.de



MIETERKAMPF BLAMIERT BEZIRKS- BÜRGERMEISTER

Friedrichshainer Palisaden-Panther wissen: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Die Verzweiflung in den Senioren-Häusern Palisadenstraße 41-46 war groß: ab 1. November sollten sie mehr als die doppelte Miete bezahlen. Möglich wurde dies durch die Streichung der Anschlussförderung im „sozialen Wohnungsbau“. Die RentnerInnen entschlossen sich zum Kampf. Druck und Widerstand trugen Früchte: Der Vermieter zog die Mietverdopplung vorerst zurück. Statt bis zu 13,40 Euro wird die Miete auf 7,60 Euro erhöht. Das ist aber immer noch viel zu hoch – bereits die jetzigen ca. 6,15 Euro machen für viele SeniorInnen mehr als die Hälfte ihres Einkommens aus.

Gefährdet wurde der Teilerfolg durch den zynischen „Vermittlungsvorschlag“ von Bezirksbürgermeister Schulz (Grüne). Die Mietsteigerung solle abgeschwächt werden, wenn die SeniorInnen akzeptieren, dass jede entmietete Wohnung zur Ferienklitsche umgewandelt wird. Die Palisaden-Panther fielen auf diese Erpressung nicht herein und wiesen sie empört zurück: „Wir bleiben alle“. Sie erkannten, dass mit diesem Alptraum die Vergraulung der verbleibenden MieterInnen besiegelt werden sollte – unter dem grünen Deckmäntelchen von „Bürgernähe“. Wir gratulieren zum errungenen Etappensieg!

MEHR INFOS:

palisaden-panther.blogspot.de

DKP



Leben und kämpfen in Friedrichshain- Kreuzberg

Die DKP-Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg ist ein ziemlich bunter Haufen: von gerade mal über 20 bis über 80 Jahre alt, aus der DDR, Berlin und der alten BRD.

Wir sind in verschiedenen Bewegungen aktiv:

- Gegen Nazis engagieren wir uns in der „Initiative gegen Rechts“ in Friedrichshain.
- Beim Berliner Wassertisch sind wir aktiv dabei und kämpfen gegen die Privatisierung unseres Wassers.
- Wir wehren uns gegen hohe Mieten und Verdrängung in unseren Kiezen.

Uns eint ein Gedanke: Dieses Gesellschaftssystem überwinden! Wir wollen Sozialismus, eine Welt, in der die immer größer werdenden Probleme besser bzw. überhaupt zu lösen sind! Dafür braucht man eine entschlossene Partei – für uns ist dies die DKP. Es gibt immer eine Menge zu tun. Eigentlich fehlt uns immer nur noch eine/r: **Und das bist Du!**

➤ KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Web: dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de

Vi.S.d.P.: M. Grüß, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

➤ OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, Kreuzberg, U-Bahn Kottbusser Tor

KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN



HEINZ BUSCHKOWSKY (SPD)

Bezirksbürgermeister von Neukölln und
Integrationsverweigerer



→ **Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister von Neukölln, ist in der SPD und er pöbelt gern – entweder gegen seinen Chef, Herrn Wowerit, weil dieser mit dem Konzept von „Multikulti“ die falsche Integrationspolitik anstrebt oder aber gegen seine migrantischen Mitbürger im Bezirk selbst.**

Denn wenn es um erfolgreiche Integration geht, ist Bildung für den Mann alles. Deswegen spricht er auch von „Einschülern“, die die deutsche Sprache in der 3. Generation nur rudimentär beherrschten. Um dem Dilemma mit den „Bildungsfernen“ beizukommen, hat Buschkowsky mehr Wachschatz an den Schulen vorgeschlagen. Wer dann immer noch gegen die Regeln verstößt, dem würde er auch helfen, „die Koffer zu packen“. Durch ein solches Vorbildverhalten fühlen sich Nazibanden auf den Plan gerufen. Seit geraumer Zeit wird beobachtet, wie Faschisten unkontrolliert

in Neukölln ihr Unwesen treiben (siehe Artikel Seite 2). Zu diesem Thema hält sich unser Klartextredner allerdings vornehm zurück, das ist nicht seine Baustelle. Mit seiner Politik stellt er sich ganz in die Tradition jener SPD-Funktionäre, die sich in der Geschichte und auch jüngeren Vergangenheit dadurch ausgezeichnet haben, dass ihnen „Deutschtümelei“ und „Vaterlandstreue“ wichtiger waren als der Gedanke der Solidarität. Als Fingerzeiger und Ausroller des braunen Teppichs für rechte Umtriebler steht Buschkowsky seinem Parteifreund Thilo Sarrazin in nichts nach. Auch er hat ein Buch geschrieben, mit dem Titel „Neukölln ist überall“. Dass dieses Buch eines Sozialdemokraten die Quelle ist, auf die sich Ex-NPD-Chef Voigt in seinem Prozess wegen Volksverhetzung beruft, lässt Düsteres vermuten. Buschkowsky will den „Bildungsfernen“, wie er Menschen mit Migrationshintergrund nennt, die sozialen Hilfsleistungen entziehen, obwohl er genau weiß, dass die jüngere Generation vor einem nahtlosen Wechsel von der Schule ins Jobcenter steht. Darum verwundert es auch nicht, dass solch ein Mann mit rassistischer Grundeinstellung seit fast 30 Jahren Bezirksverordneter in einem Bezirk sein kann, wo der Großteil der dort lebenden Menschen Migranten sind und aufgrund der sogenannten Integrationspolitik gar nicht an den Wahlen teilnehmen darf.